B e s c h l u s s

aus der Niederschrift einer Sitzung des Rates

am Dienstag, 15.02.2022, 15:00 Uhr,

in der großen Sporthalle der Dieter-Renz-Halle, 46236 Bottrop

- Nr. 1 /2022 -

A) Öffentliche Sitzung

3
Zuständigkeit:

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen und Gruppen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, ÖDP, DKP, FDP und Die Linke vom 31.01.2022:
Erklärung "Bottrop ist sicherer Hafen für Geflüchtete"

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen mit 37 Stimmen (21 SPD, 8 B‘90/Grüne, 2 ÖDP, 2 FDP, 1 DKP, 2 Die Linke, 1 OB) gegen 17 Stimmen (14 CDU, 3 AfD)

Erläuterungen:

Ratsherr Buschfeld teilt mit, dass mit dem heutigen Beschluss Bottrop als sicherer Hafen für Geflüchtete erklärt werden solle. Diese Erklärung fuße nicht auf einer Initiative politischer Parteien, sondern sei das Ergebnis eines langen Austausches der Flüchtlingshilfe Bottrop mit zahlreichen Vertreter/-innen der Stadtgesellschaft. Seine Ratsfraktion unterstütze dieses Anliegen ausdrücklich. Die geflüchteten Menschen benötigten eine Wohnung, einen Broterwerb und den Anschluss an die Gesellschaft. In dem Zusammenhang müsse auch über sichere Fluchtrouten gesprochen werden. Flüchtende dürften nicht als Druckmittel eines Diktators in Weißrussland gegen die Integrität des polnischen Staates und der EU eingesetzt werden. Die Stadt Bottrop sei in der Lage, Heimat und sicherer Hafen für viele Menschen zu werden. Das solle heute festgestellt und die Stadt zu einer entsprechenden Aussage aufgefordert werden. In der Vergangenheit habe sich gezeigt, dass Bottrop auch dazu in der Lage sei. Allerdings gestalte sich die Hilfe auf Grund der angespannten finanziellen Haushaltslage schwierig. Es erfolge daher ein Appell an die Verantwortlichen in Bund und Land, die Kommunen mit der Aufgabe der Integration nicht alleine zu lassen, sondern sie bei der Umsetzung zu unterstützen. Bottrop wolle seinen Teil dazu beitragen, ein sicherer Hafen zu werden, wie über 280 weitere Städte in Deutschland.

Ratsherr Stamm ist der Ansicht, dass die Abgabe einer derartigen Erklärung gar nicht notwendig, sondern es vielmehr selbstverständlich sein sollte, Menschen in Not zu helfen. Leider gebe es hierzulande viel Widerspruch zu einer humanen Flüchtlingspolitik. Viele Menschen lehnten Hilfen ab. In Kommentaren könnten Neid und Missgunst wahrgenommen werden. Davon sollte man sich nicht beeinflussen lassen. In vielen Ländern der Welt gebe es Kriege und Konflikte. Menschen verlören dadurch ihr Zuhause, fürchteten um Leib und Leben. Sie würden aus ihrer Heimat vertrieben und sähen sich zu einer lebensgefährlichen Flucht -bspw. in Schlauchboten über das Mittelmeer- in Richtung

Europa gezwungen. Bottrop könne hier ein Zeichen setzen und sich mit der Rettung Geflüchteter, insbesondere der Seenotrettung, solidarisch erklären. Diese erfülle eine seit Jahrhunderten im Seerecht bestehende Pflicht, Menschen in Not auf See zu retten. Das sei ein Akt der Menschlichkeit und kein kriminelles Verhalten. Bottrop könne ganz konkret diesen Geflüchteten einen Platz anbieten und damit zeigen, dass der europäische Gedanke noch existiere. Menschen in Not zu helfen, sei ein Akt der Nächstenliebe.

Ratsfrau Swoboda macht darauf aufmerksam, dass an den europäischen Grenzen zigtausend Menschen auf engstem Raum zusammenlebten. Sie hätten keinen vollständigen Zugang zu fließendem Wasser, geschweige denn die Möglichkeit, sich gegen eine Infektion wie COVID-19 zu schützen. An den Grenzen Europas werde die Würde der Menschen mit Füßen getreten. Das widerspreche sowohl dem europäischen Gedanken als auch allem, wofür die Bottroper Bürgerschaft stehe. Es sei an der Zeit, für diese Menschen ein Zeichen zu setzen und Bottrop als sicheren Hafen für diese Geflüchteten zu deklarieren. Gerade die Schwächsten, wie Familien mit Kindern oder unbegleitete Kinder und Jugendliche, benötigten Hilfe und ein neues Zuhause. Ihre Ratsfraktion wolle die Zustände nicht mehr akzeptieren. Deshalb freue sie sich, dass diese Erklärung nun vorliege und hoffe, dass es einen breiten Mehrheitsbeschluss dafür geben werde.

Ratsherr Engels zeigt sich erstaunt ob der Zusammensetzung des Koordinierungskreises, der diese Resolution erarbeitet habe. Es sei merkwürdig, dass sowohl Vertreter der vom Verfassungsschutz beobachteten DKP als auch Ratsherr Hermens, der auf seiner Facebook-Seite mit A.C.A.B.-Parolen gegen die Polizei hetze, Mitglieder dieses Gremiums seien. Seine Ratspartei hingegen würde nur auf Grund von Aussagen anderer Parteivertreter aus Thüringen oder Brandenburg ausgeschlossen. Zu dem Antrag selbst wolle er die Fragen aufwerfen, ob zum einen überhaupt ausreichend Platz und zum anderen ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stünden. Laut eines WAZ-Artikels vom 13.09.2021 habe sich die Zahl der Wohnungslosen in Bottrop laut Angaben der evangelischen Sozialberatung (ESB) mehr als verdreifacht. Sollten Geflüchtete nach Bottrop kommen, werde das Problem des fehlenden Wohnraums noch größer. Die Stadt Bottrop habe zudem gerade erst den Stärkungspakt verlassen können. Ihre finanziellen Möglichkeiten seien durch die bestehende Schuldenlast von über 400 Millionen Euro äußerst eingeschränkt. Hinzu komme das Dilemma der geplanten Änderung der Gemeindefinanzierung, welches zusätzliche Kosten von rund 2,4 Millionen Euro pro Jahr für Bottrop bedeute. Diese Verpflichtungen dürfe die Stadt nicht ignorieren, wolle sie zum Wohle der Bottroper Bürgerschaft handeln. Auch wenn laut Antrag die Kosten vom Land NRW und Bund übernommen werden sollten, könne nicht von der Erfüllung dieser Forderung ausgegangen werden. Schon jetzt würden die Kommunen nicht auskömmlich für ihre Aufgaben ausgestattet. Er möchte auch darauf hinweisen, dass das deutsche Asylsystem und dessen Umsetzung wohl das antragstellerfreundlichste auf der ganzen Welt sei. Das bestätige das Bottroper Verhältnis bei Duldungen und Gestattungen von 70 : 30. Seine Ratsfraktion vertrete keine radikalen Positionen, sondern beziehe sich auf einen Artikel, der im Fokus vom 19.01.2022 erschienen sei. Darin sei zu lesen gewesen, dass die Schweden und Dänen noch heute unter dem Flüchtlingsstrom aus 2015 litten und deswegen ihre Ausländergesetze verschärft hätten. Es sei davon auszugehen, dass die Deutschen wieder die Hauptlast einer neuen Migrationswelle tragen würden. Die daraus resultierenden Folgen seien vorhersehbar. Abschließend verweist er darauf, dass andere Städte, wie Celle, Lüdinghausen oder der Odenwaldkreis, die Seebrücke abgelehnt hätten. Zum Wohle der Stadtgesellschaft solle der Rat ebenso entscheiden.

Auch **Ratsherr Hermens** begrüßt die Initiative, Bottrop als sicheren Hafen für Geflüchtete zu deklarieren und geht von einer großen Zustimmung des Rates aus. Vor Ort könnten keine Kriege beendet oder Frontex abgeschafft werden. Aber Bottrop könne einen Beitrag leisten und sich einer überwältigenden Mehrheit der Städte anschließen, die ebenfalls

diese Erklärung befürworteten. In der Vergangenheit habe die Integration Geflüchteter in Bottrop gut funktioniert. Die Bottroper Bürgerschaft könne helfen. Es sei die Verpflichtung aller, den Menschen in Not zu helfen. Viele flüchteten auf Grund der Folgen durch den Klimawandel, wie bspw. Dürren, Überflutungen oder Stürmen. Länder wie Deutschland ließen für ihren Lebensstandard Umweltzerstörung oder Ausbeutung zu, auch Waffenlieferungen in Kriegsgebiete. Es sei daher eine moralische Pflicht, Menschen, die aus diesen Gebieten zu uns flüchteten, aufzunehmen. Auch wenn die Hilfe einiges koste, lasse man niemanden auf seiner Flucht ertrinken bzw. sterben. Das sei unterlassene Hilfeleistung und völlig zu Recht eine Straftat. Es müssten sichere Fluchtwege geschaffen und die zivile Seenotrettung nicht weiter kriminalisiert werden. Bottrop sei mit anderen Städten bereit, Flüchtlinge aufzunehmen. Dabei handele es sich auch nicht um Millionen von Menschen, wie Ratsherr Engels es dargestellt habe. Es sei nicht richtig, dass in Bottrop zu wenig Wohnraum existiere. Vielmehr sei ein Großteil teuer, schlecht saniert oder von profitgierigen Konzernen vermietet. Dennoch sei es möglich, ein paar hundert Menschen in Not ein Obdach zu bieten. Zu dem Koordinierungskreis wolle er mitteilen, dass dort weder die DKP noch seine Ratspartei vertreten sei. Ratsherr Engels bräuchte sich deswegen nicht zu echauffieren. Möglicherweise sei seine Ratsfraktion auch einfach wegen ihrer Haltung nicht eingeladen worden. Vielleicht sei vorab schon bekannt gewesen, dass sie gegen den Antrag stimmen würden, weil sie lieber Menschen ertrinken lasse als ihnen zu helfen, nur, weil sie ein Kopftuch trügen. Die Aussage, dass die Kommunen schon jetzt nicht auskömmlich finanziert würden, sei richtig. Die AfD könne ja in den kommenden Haushaltsberatungen den nächsten Antrag seiner Ratsgruppe auf Einreichung einer Verfassungsklage unterstützen, um nicht nur das Gemeindefinanzierungsgesetz überprüfen zu lassen, sondern die grundsätzliche, nichtauskömmliche Finanzierung der Kommunen. Zu der Aussage über die offene Asylpolitik möchte er von Ratsherrn Engels wissen, was dieser sich denn vorstelle. Von den Geflüchteten könne kein zehnseitiger Einbürgerungstest gefordert werden, bevor ihnen überhaupt Schutz gewährt würde. Eine derartige Vorgehensweise sei menschenfeindlich.

Ratsherr Mersch ist überzeugt, dass niemand freiwillig seine Heimat und seine Familie verlasse und sich auf eine lebensgefährliche Flucht begebe. Diese Menschen müssten sich daher in einer besonders verzweifelten Lage befinden. Der junge syrische Flüchtling, den er eingestellt habe, könne bestimmt eine ganze Menge dazu erzählen. Für seine Partei sei das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte unantastbar. Ihr sei es wichtig, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen humanitären Schutz zu geben, so lange es notwendig sei. Ebenso wichtig sei ein schnelles und unkompliziertes behördliches Verfahren. Seine Partei stehe für eine Integrationspolitik, die Vielfalt begrüße und daher Einwanderinnen und Einwanderer einlade, Teil dieser Gesellschaft zu werden. Für ihn stehe es außer Frage, sich mit Menschen auf der Flucht solidarisch zu erklären. Um Hilfe in ausreichendem Umfang leisten zu können, sei die Unterstützung von Land und Bund erforderlich. Außerdem müssten die Fluchtursachen nachhaltig bekämpft werden, damit erst niemand aus seiner Heimat flüchten müsse. Mit der Beteiligung an diesem Antrag solle der Bottroper Beitrag geleistet werden.

Ratsherr Engels möchte den Vorwurf der Menschenfeindlichkeit deutlich zurückweisen. Auch sei die Behauptung abstrus, dass seine Ratspartei die Menschen mit Kopftuch ersaufen lassen würde. Ihr sei bewusst, dass diese Menschen in Not seien. Weltweit seien etwa 80 Millionen Menschen auf der Flucht. Der Argumentation der Vorredner folgend müssten all diese Personen hierhergebracht werden. Das funktioniere aber nicht. An Ratsherrn Hermens gewandt teilt er mit, dass das hiesige Asylrecht nebst Asylverfahren nicht streng sei. Denn ansonsten würden alle, die momentan geduldet würden, zurückgeschickt werden. Nur das habe er ausdrücken wollen.

Ratsherr H. Hirschfelder teilt mit, dass der vorliegende Antrag sehr deutlich mache, welche Schicksale die Menschen auf der Flucht erleiden müssten. Niemand werde in

Abrede stellen, dass diese Zustände unmenschlich seien und abgestellt werden müssten. Es stehe außer Frage, dass die getroffenen staatlichen Maßnahmen zur Änderung dieser Situation nicht ausreichend seien. Allen Personen und Organisationen, die Hilfe leisteten, gebühre großer Dank. Mit der vorliegenden Erklärung werde es jedoch keinerlei Verbesserungen für die flüchtenden Menschen geben. Vielmehr werde ein falsches Signal gesendet, weil das, was versprochen werde, tatsächlich nicht eingehalten werden könne. Seine Ratsfraktion sei überzeugt, dass die erklärten Ziele der Initiatoren richtig seien, aber der eingeschlagene Weg falsch. Der Koordinierungskreis habe in die Erklärung viel Herzblut und Kraft gesteckt. Die ursprüngliche Fassung mit 11 Punkten sei um einige gekürzt worden, weil diese ausgesparten Punkte nicht dem Einflussbereich der Kommunen unterlägen. Die Initiative „Seebrücke“ sage von sich selbst, dass sie eine politische Bewegung sei. Sie stelle auch fest, dass grundlegende Entscheidungen der Asyl- und Migrationspolitik nicht zu den kommunalen Aufgaben gehörten, sondern der nationalstaatlichen Hoheit oblägen. Es werde kritisiert, dass weder die EU noch die Bundes- und Landesregierungen bereit seien, das Sterben im Mittelmeer zu verhindern oder die menschenunwürdigen Situationen in den Lagern an den europäischen Außengrenzen zu beenden. Ob es an der Bereitschaft liege, sei dahingestellt. Dennoch sei es richtig, dass die tatsächliche Aufnahme der Geflüchteten, deren Versorgung, Zugang zu eigenem Wohnraum usw. ausschließlich in den Kommunen stattfinde. Daraus den Schluss zu ziehen, dass Asyl- und Migrationspolitik deshalb zu zentralen, kommunalen Aufgaben gehöre, sei falsch. Für die Verteilung der Flüchtlinge gebe es ein funktionierendes System, den sogenannten Königsteiner Schlüssel. Er werde auch für und in Bottrop angewandt. Jedermann könne ihm Rahmen seiner Möglichkeiten humanitäre Hilfen anbieten. Der Rat der Stadt Bottrop müsse sich nicht offiziell zum sicheren Hafen von geflüchteten Menschen erklären. Entweder seien die Bottroper Bürger dazu bereit oder eben nicht. Er frage sich jedoch, ob die Aufnahme Geflüchteter über den Verteilschlüssel hinaus überhaupt möglich sei und möchte dazu die Meinung der Verwaltung und des Oberbürgermeisters Tischler wissen. Seine Ratsfraktion halte es für unpassend, Bund und Land mitzuteilen, dass eine Aufnahme weiterer Flüchtlinge möglich sei, aber nur, wenn Bund und Land dies bezahlten. Er stellt die Frage in den Raum, was das für ein Verhalten bzw. Aussage sei, menschliche Hilfe nur gegen einen finanziellen Ausgleich zu leisten. Der Antrag bewirke auf kommunaler Ebene gar nichts. Es sei wirkungsvoller, wenn die Vertreter der Ratsparteien auf Landes- und Bundesebene Appelle und Anträge stellten. Diese könnten dann tatsächlich rechtliche Änderungen nach sich ziehen. Aber der hier vorliegende Antrag, der zu Recht die Missstände kritisiere, sei nicht mehr als ein Lippenbekenntnis. Dazu sei seine Ratsfraktion nicht bereit. Bei konkreten Hilfen sei sie jedoch mit voller Überzeugung dabei.

Ratsfrau Bobrzik bedankt sich bei dem Koordinierungskreis, dass sich dieser an die demokratischen Parteien im Stadtrat gewandt und das Thema auf den Tisch gebracht habe, damit Bottrop ein sicherer Hafen für Geflüchtete werde. Zu dem Redebeitrag der AfD-Ratsfraktion werde sie vorsichtshalber nichts sagen, weil sie sonst Ordnungsrufen zu erwarten habe. Die Argumente der demokratischen Parteien seien ausgetauscht. Jede davon unterstütze sie, bis auf die der CDU-Ratsfraktion. Deren Aussage sei nicht verständlich. Schließlich hätten sich bereits viele andere Städte der Initiative angeschlossen. Sie könne besser als die anderen Ratsmitglieder empfinden, wie es den Flüchtlingen ergehe, da sie im Krieg geboren worden sei, die Kriegsjahre als Kleinkind habe verbringen und in ihrer gesamten Jugend mit den Kriegsnachwirkungen wie auch der Inhaftierung ihres Vaters habe leben müssen. Daher unterstütze sie das Anliegen aus tiefstem Herzen und bitte die demokratischen Parteien um ihre Zustimmung.

Ratsherr Schmidt erklärt, auch ein Fan von formalen Verfahrensfragen zu sein. Manchmal gebe es jedoch Momente, in denen Humanität wichtiger sei. Das sehe Ratsherr H. Hirschfelder wohl anders. Er habe eben vorgetragen, dass nur andere Ebenen als die Kommunen etwas tun könnten. Dabei seien es doch seine Parteifreunde, die auf diesen Ebenen momentan regierten bzw. bis Dezember 2021 regiert hätten. Das

Verhalten von Ratsherrn H. Hirschfelder und seiner Ratsfraktion sei eine Art von Drückebergerei und „gottserbärmlich“. Es sei äußerst verwunderlich, dass die CDU-Ratsfraktion als einzige demokratische Partei – neben der rechtsradikalen AfD – der Initiative nicht zustimmen könne. Es müsse doch möglich sein, sich zumindest auf eine Verpflichtung auf gemeinsame, demokratische und humanistische Werte zu einigen. Die Erklärung, dass Bottrop in einem definierten Rahmen geflüchteten Menschen helfen wolle, sei ein politisches Signal Richtung Bund und Land. Es sei nicht nachvollziehbar, wie jemand, der sich auf ein christliches Menschenbild beziehe, dem Antrag nicht zustimmen könne. Christentum bedeute schließlich nicht, nur einmal in der Woche zur Kirche zu gehen. Im Namen der Nächstenliebe sollte die CDU-Fraktion noch einmal überdenken, ob sie nicht doch ihre Zustimmung erteilen wolle. In seinem Wortbeitrag habe Ratsherr H. Hirschfelder außerdem Fragen an die Verwaltung und den Oberbürgermeister Tischler gestellt. Wenn es sich um ein ernsthaftes Anliegen gehandelt hätte, hätte er sich diese Fragen schon im Vorfeld beantworten lassen können. Schließlich sei dieser Tagesordnungspunkt nicht ein spontaner Antrag zur Sache gewesen. Das Verhalten passe zu der aufgeführten Form von Drückebergerei und sei wirklich beschämend.

Ratsherr H. Hirschfelder führt aus, dass er nichts Anderes von Ratsherrn Schmidt erwartet habe. Begriffe wie gotterbärmlich oder unmenschlich wolle er weder für sich noch seine Ratsfraktion so stehen lassen. Sein Vorredner habe mal wieder gezeigt, dass er anderen, die nicht seiner Ansicht seien, nicht zuhöre. Es gehöre aber zur Demokratie, die er immer vorgebe zu beachten, sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen. Die CDU-Ratsfraktion erachte alle dargelegten Fakten als richtig. Sie sei aber, anders als die Mehrheit des Hauses, der Auffassung, dass mit der Resolution nichts erreicht werde. Um trotzdem den Geflüchteten zu helfen, arbeiteten Mitglieder seiner Fraktion in den verschiedensten Organisationen. Daher habe er die Nase voll von den Leuten, gute Taten für sich alleine zu reklamieren und denen, die anderer Meinung seien, Unmenschlichkeit vorzuwerfen. Es stehe außer Frage, dass alle helfenden Hände unterstützt werden müssten. Aber eine hier unterzeichnete Resolution ändere nichts an den Lebensbedingungen der Flüchtlinge. Es nütze ihnen auch nichts zu sagen, sie sollten kommen, aber nur, wenn Bottrop entsprechende Mittel von Bund und Land erhalte. Das seien leere Versprechungen, die nicht gehalten werden könnten. Das müsse Ratsherr Schmidt eigentlich verstehen, wolle das aber scheinbar nicht. Erneut versuche er diejenigen, die anderer Meinung seien, in die Näher der AfD zu rücken. Die CDU-Ratsfraktion fühle sich jedoch verpflichtet, den flüchtenden Menschen mitzuteilen, was machbar sei und was eben nicht.

Oberbürgermeister Tischler erklärt, dass er, sollte der Stadtrat ihn beauftragen, den Appell und die Inhalte der Resolution an die Landes- und Bundesregierung weiterleiten werde. Er selbst werde für den Antrag stimmen. Es bestehe im Stadtrat weitestgehend Einigkeit über die Ziele. Auch Ratsherr H. Hirschfelder habe unterstrichen, dass geholfen und Maßnahmen intensiviert werden müssten. Nur der Weg dorthin werde unterschiedlich gesehen.

Sodann lässt er über den gemeinsamen Antrag, Bottrop zu einem sicheren Hafen für Geflüchtete zu erklären, abstimmen.